



Bundesministerium  
der Verteidigung

# CHINA - PERSPEKTIVEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Bericht zur 3. Sitzung des Netzwerks „Strategie und Vorausschau“



**Bundeswehr**  
Wir. Dienen. Deutschland.

# **CHINA - PERSPEKTIVEN UND HERAUSFORDERUNGEN**

<b>Das Referat „Strategieentwicklung“</b>	4
<b>Vorwort</b>	6
<b>Chinas geopolitische Ambitionen</b>	13
Einleitung	13
„One Belt, One Road“-Initiative	14
China und die Demokratische Volksrepublik Korea	16
Was kann Deutschland tun?	18
<b>China: Die maritime Dimension</b>	21
Der Aufstieg Chinas als ordnungspolitische Herausforderung	21
Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen in Ostasien	23
Europäische und deutsche Interessen	25
Der Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer	27
Die Seidenstraßen-Initiative und ihre maritime Dimension	30
Schlussfolgerungen	32
<b>Das chinesische Social Credit System – Ein digitales Gesellschaftsmodell mit globalen Auswirkungen</b>	35
Vorbemerkung: Skizzen eines digitalen Gesellschaftsmodells	35
Das Projekt SCS und seine Begründung	37
Das SCS-Gesellschaftsmodell und der Bedarf nach neuer Governance in der digitalen Sphäre	39
SCS und internationale Auswirkungen	42
Ausblick: SCS und die globale Plattformökonomie	43
Literatur	46
<b>Impressum</b>	49

## Das Referat „Strategieentwicklung“

in der Abteilung Politik des BMVg



Foto: Bundeswehr/Ulve Grauwinkel

Das Referat Pol II 1 („Strategieentwicklung“) ist innerhalb der Abteilung Politik für das Thema „Strategie und Vorausschau“ zuständig und trägt mit einer Reihe von Projekten zur Verbesserung der Strategiefähigkeit des Bundesministeriums der Verteidigung bei.

Anknüpfend an das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016, das der Steigerung unserer Fähigkeiten in den Bereichen strategische Vorausschau, Strategieentwicklung und -evaluierung eine hohe Priorität zuweist, wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Diese umfassen derzeit:

Das **Netzwerk „Strategie und Vorausschau“** mit Teilnehmern aus Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die sich regelmäßig zu strategischen Themen sicherheitspolitischer Relevanz austauschen.

Das **Pilotprojekt METIS** an der Universität der Bundeswehr München, das im Auftrag der Abteilung Politik sowohl kurzfristige Beratungsleistungen erbringt als auch langfristig angelegte Forschungsprojekte zu strategischen Fragen der internationalen Sicherheit durchführt. Die Pilotprojektgruppe METIS ist gleichermaßen Teil wie Koordinator des Netzwerks „Strategie und Vorausschau“.

Die Kooperation mit dem **interdisziplinären Forschungsschwerpunkt Maritime Sicherheit (iFMS)** an der Universität der Bundeswehr Hamburg, der zum Themenfeld „Maritime Sicherheit“ forscht und die Abteilung Politik berät. Der iFMS ist Teil des Netzwerks „Strategie und Vorausschau“.

Das **Studienprojekt „Krisenfrüherkennung durch Literatur“**, das am Weltethos-Institut an der Universität Tübingen angesiedelt ist und im Auftrag der Abteilung Politik durchgeführt wird. Das Studienprojekt ist Teil des Netzwerks „Strategie und Vorausschau“.

Die verschiedenen, darüber hinaus bestehenden Kooperationsbeziehungen der Abteilung Politik zu nationalen wie internationalen Forschungsinstituten, Think Tanks und politischen Stiftungen ergänzen diese Maßnahmen und tragen somit ebenfalls zur Verbesserung der Strategiefähigkeit des Bundesministeriums der Verteidigung bei.



Dr. Géza Andreas von Geyr

Leiter der Abteilung Politik  
im Bundesministerium der Verteidigung



Das Jahr 2017 hat es uns erneut vor Augen geführt: Wir leben in sicherheitspolitisch enorm fordernden Zeiten und die Weltlage ist geprägt von einer beispiellosen Dynamik, Komplexität und Volatilität. Die Krisen und Konflikte in Europas südlicher Nachbarschaft, der internationale Terrorismus oder die Gefahren aus dem Cyberraum sind dabei nur ein kleiner Ausschnitt der zahlreichen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die es gemeinsam mit unseren internationalen Partnern zu meistern gilt. Bereits heute müssen wir daher davon ausgehen, dass auch die globale Sicherheitslage von Morgen uns in Atem halten wird.

Für eine sichere und friedliche Welt wird Deutschland auch in der Zukunft Verantwortung übernehmen. Denn an einer stabilen internationalen Ordnung haben wir ein ureigenes Interesse. Es gilt, die Risiken und Gefahren von Morgen zu identifizieren, damit wir uns auf sie einstellen können und all unsere sicherheitspolitischen Instrumente darauf ausrichten, diesen auch wirkungsvoll zu begegnen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Bundesregierung bereits wiederholt dazu verpflichtet, die eigenen Kompetenzen und Kapazitäten zur strategischen Vorausschau zu stärken. Nur so kann es uns gelingen, zukünftige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und die mit ihnen einhergehenden Chancen, Risiken und Gefahren so zu erfassen, dass ein rechtzeitiges Handeln möglich wird. Auch das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr aus dem Jahr 2016 weist der Steigerung unserer Fähigkeiten in den Bereichen strategische Vorausschau, Strategieentwicklung und -evaluierung eine hohe Priorität zu und trägt somit dem Erfordernis einer besseren Antizipation zukünftiger Entwicklungen Rechnung. Dabei gilt es, Instrumente und Methoden so auszurichten, dass damit Konstellationen zielgerichtet analysiert, Wahrscheinlichkeiten aufgezeigt und Handlungsoptionen erarbeitet werden können.

Der Maßnahmenkatalog der Abteilung Politik des Bundesministeriums der Verteidigung umfasst als zentrales Element das 2016 ins Leben gerufene Netzwerk „Strategie und Vorausschau“, das regelmäßig Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vereint, um Zukunftsthemen von strategischer Bedeutung zu diskutieren. Dabei stehen nicht akute Krisen und Konflikte, sondern vor allem die langfristigen Entwicklungen unseres globalen Umfelds im Fokus. Dieses Netzwerk bringt die interne Expertise des Ministeriums mit einer Vielzahl spezialisierter Einrichtungen und Institutionen zusammen.

Die dritte Sitzung des Netzwerks „Strategie und Vorausschau“ im September 2017 widmete sich dem weltpolitischen Akteur China und dessen (sicherheits-)politischer Bedeutung für Deutschland. Der thematische Fokus auf das Reich der Mitte fiel dabei ganz bewusst, denn die Politik und zukünftige Entwicklung Chinas bergen unmittelbare Auswirkungen für die Stabilität des internationalen Umfelds, ebenso wie für unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand. Das Verständnis der chinesischen Politik ist daher von unmittelbarer globaler – und auch ausdrücklich sicherheitspolitischer – Relevanz. Noch wird sie bei uns zu selten mit der gebotenen Priorität wahrgenommen.

Dabei sind gerade die jüngsten Entwicklungen beeindruckend: Pekings globaler Einfluss wächst kontinuierlich und China könnte bis 2030 ein Fünftel der globalen Wirtschaftsleistung erbringen. Mit Blick auf die Verteidigungsausgaben liegt es bereits heute mit der Gesamtheit aller EU-Staaten gleichauf. Darüber hinaus ist China der größte Solar- und Windenergie-Produzent der Welt, investiert massiv in moderne Forschungszweige wie etwa die Quantentechnologie, setzt in der Digitalisierung bereits seit geraumer Zeit globale Standards und gehört im

Bereich der Künstlichen Intelligenz zur Weltspitze.

Mit Blick in die Zukunft müssen wir davon ausgehen, dass China sich aus seinen strategischen Interessen heraus um einen weiteren Ausbau seines globalen Einflusses bemühen wird. Zumindest bekräftigte Staats- und Parteichef Xi Jinping auf dem 19. Parteitag im Oktober 2017 seine Vision einer „Erneuerung der großen chinesischen Nation“ und zementierte seine ohnehin bereits gewaltige Machtfülle. Demgegenüber stehen allerdings eine Reihe innerer Widersprüche im Reich der Mitte – unter anderem mit einer wachsenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich, zwischen den boomenden Küstenregionen und dem rückständigen Hinterland, wie auch Fragen des Gleichklangs wirtschaftlicher und politischer Partizipation.

In der Zusammenschau stellt sich somit die Frage nach der zukünftigen Entwicklung Chinas sowie den daraus resultierenden Implikationen für Deutschland, Europa sowie eine multipolare Weltordnung. So nahm das Netzwerk „Strategie und Vorausschau“ den weltpolitischen Akteur China aus geostrategischer, wirtschaftlicher, maritimer, gesellschaftlicher und sicherheitspolitischer Perspektive unter die Lupe. Dabei verdeutlichten die Vorträge und Diskussionen abermals den Mehrwert des interdisziplinär zusammengesetzten Teilnehmerkreises, zumal angesichts der Komplexität dieses weltpolitischen Akteurs.

Die folgenden drei Beiträge der Professoren Masala, Staack und Al-Ani ermöglichen einen Einblick in die breit gefächerte Debatte während der dritten Sitzung des Netzwerks und lehnen an die jeweiligen Vorträge an. So betrachtet Prof. Dr. Carlo Masala China aus geostrategischer Perspektive und analysiert hierzu die „Belt and Road Initiative“-Initiative sowie

Pekings Nordkorea-Politik. Im darauf folgenden Beitrag widmet sich Prof. Dr. Michael Staack der maritimen Dimension und befasst sich mit Chinas Rolle in der südchinesischen See sowie mit maritimen Aspekten der „Belt and Road Initiative“-Initiative. Abschließend beleuchtet Prof. Dr. Dr. Ayad Al-Ani die gesellschaftliche Dimension Chinas und fokussiert auf das Social Credit System als Vehikel politischer Macht.

Mit Beiträgen wie der vorliegenden Broschüre wollen wir – die Abteilung Politik im Bundesministerium der Verteidigung – einen Beitrag zur sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland leisten. Denn Sicherheitspolitik geht uns alle an und von einem lebhaften, breit gefächerten Diskurs können wir nur profitieren. Wenn es darum geht, gemeinsam über die Welt von Morgen nachzudenken, gilt dies umso mehr.



Prof. Dr. Carlo Masala

Universität der Bundeswehr München

## CHINAS GEOPOLITISCHE AMBITIONEN

### Einleitung

Im folgenden Beitrag geht es um eine Einschätzung Chinas geopolitischer Ambitionen. Dabei sollen zwei Beispiele, quasi exemplarisch, beleuchtet werden. Zum einen, die „One Belt, One Road“ Initiative, zum anderen Chinas Position bezüglich des nordkoreanischen Nuklearprogramms. Die Auswahl dieser beiden Beispiele dient dazu die These zu unterlegen, dass es sich bei der Volksrepublik China um eine „partial power“ handelt, wie es David Shambaugh<sup>1</sup> unlängst formuliert hat. Um eine Macht, die sich gegenwärtig in einem Übergangsstadium befindet, von einer regionalen zu einer globalen Macht. Und dieser Weg, der noch ein langer sein wird, bringt es mit sich, dass die Handlungen und Aktionen der Volksrepublik China nicht immer eindeutig zu interpretieren sind.

Auf dem Weg zur globalen Macht geht es der Volksrepublik China unter anderem darum, ihren Aufstieg so „ruhig“ wie möglich zu vollziehen. Dies betrifft insbesondere die chinesischen Aktivitäten außerhalb der unmittelbaren Peripherie Chinas, d.h. außerhalb Asiens. Je stärker China sich glaubt, desto selbstbewusster tritt es in Asien auf und versucht durch die gezielte Drohung – auch mit dem Einsatz seiner militärischen Machtmittel – seine Positionen umzusetzen. Anders verhält es sich jedoch außerhalb Asiens.

Hier dominiert ein Verhalten Chinas, das als hegemoniale Strategie zu bezeichnen ist. China versucht seine Führung so konsensual wie möglich zu etablieren und hofft auf die Gefolgschaft anderer Staaten.

<sup>1</sup> David Shambaugh: China Goes Global. The Partial Power, Oxford 2013

In den Worten des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, „Es geht darum, andere Staaten zu überzeugen, nicht darum sie zu zwingen“<sup>2</sup>.

Um eine hegemoniale Position zu etablieren ist China bei seinen Bemühungen bereit, kollektive Güter zur Verfügung zu stellen, an denen andere Staaten partizipieren können. Zuvorderst handelt es sich dabei um ökonomische Güter, an denen die meisten Staaten, in welchen China tätig ist, ein Interesse haben.

### „One Belt, One Road“-Initiative

Anhand der „One Belt, One Road“-Initiative (OBOR) lässt sich die hegemoniale Strategie Chinas sehr gut verdeutlichen. Das von China angekündigte Projekt, das, vereinfacht gesagt, die Schaffung ökonomischer Korridore zu Land und zu Wasser vorsieht und mit einem finanziellen Volumen von ca. 1.100 Mrd. US-Dollar unterfüttert ist, dient dazu, langfristig den Schwerpunkt des Welthandels nach Asien, mit China als Zentrum, zu verschieben. Kritiker sprechen im Zusammenhang mit dieser Initiative zu Recht davon, dass es das Ziel der chinesischen Staats- und Parteiführung sei, langfristig alle Wege nach China führen zu lassen.

Auf den ersten Blick sieht die OBOR so aus, als ob alle Partner Chinas von dieser Initiative, die einen besonderen Fokus auf die Entwicklung von Verkehrsinfrastruktur legt, ökonomisch profitieren. Dies ist auch gar nicht von der Hand zu weisen. Aus chinesischer Perspektive ist jedoch viel wichtiger, dass die Infrastrukturprojekte, die von China finanziert werden, Peking die Möglichkeit geben, in allen Kooperationsstaaten langfristig

Fuß zu fassen und so seiner nationalen Strategie des globalen Aufstiegs dienlich sind.

Ferner tragen die Infrastrukturprojekte dazu bei, Chinas Partner in eine politische und ökonomische Abhängigkeit von China zu bringen, die China zukünftig einen überproportionalen Einfluss auf die Politik dieser Staaten geben wird. Und schließlich eröffnet der maritime Aspekt der OBOR-Initiative der chinesischen Staats- und Parteiführung die Möglichkeit, zukünftig Überseebasen für ihre Marine zu eröffnen.

Letzten Endes stellt die OBOR-Initiative, zusammen mit Entwicklungen wie der Eröffnung der Asiatischen Infrastruktur Investitionsbank durch die BRICS-Staaten, einen weiteren Angriff gegen die Pfeiler der liberalen ökonomischen Weltordnung und ihrer zentralen Institutionen IWF und Weltbank dar. Aus chinesischer Perspektive ist die OBOR Initiative das Kernelement einer anderen Globalisierung – einer Globalisierung, die eine Alternative zu der Globalisierung darstellt, die vermeintlich nur den USA und „dem Westen“ dienlich ist. OBOR ist unter diesem Gesichtspunkt als Teil einer ökonomischen Gegenmachtbildung zu begreifen.

Ein Aspekt, der im Zusammenhang mit der OBOR-Initiative oftmals übersehen wird, ist die Tatsache, dass China damit auch versucht, einen ökonomischen und politischen Fuß in die Tür europäischer Staaten, und damit auch in die EU, zu bekommen. Das bewusste chinesische Engagement in ökonomisch kriselnden EU-Staaten, wie zum Beispiel Griechenland, Rumänien und Bulgarien, folgt dabei der gleichen Logik, wie das chinesische Engagement in den zentralasiatischen oder afrikanischen Staaten. Der Unterschied zu letzteren ist jedoch, dass eine mögliche ökonomische und politische Abhängigkeit dieser Staaten von China, Peking zukünftig indirekt einen Sitz am EU-Tisch verschaffen könnte.

---

<sup>2</sup> Zitiert in China Daily v. 3.2.2017

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten:

- OBOR ist das Kernstück einer hegemonialen Politik Chinas, die darauf abzielt, über die Bereitstellung kollektiver Güter Gefolgschaft zu erzeugen.
- OBOR zielt drauf ab, die Warenströme der Weltwirtschaft langfristig zu verändern und China in das Zentrum der zukünftigen Weltwirtschaft zu positionieren.
- OBOR eröffnet China zukünftig die Möglichkeit, „forward deployment“ im maritimen Bereich zu betreiben.
- OBOR ist Teil der chinesischen Gesamtstrategie, eine Alternative zu der von den USA dominierten liberalen Weltordnung zu schaffen.

Während die OBOR also als eine hegemoniale Politik zur Unterstützung des chinesischen Aufstiegs zur globalen Macht interpretiert werden kann, zeigt die chinesische Politik mit Blick auf Nordkorea eher klassisch machtpolitische Züge.

### **China und die Demokratische Volksrepublik Korea**

Wenn von dem chinesischen Einfluss auf die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) die Rede ist, so gehen viele Beobachter von der irrigen Annahme aus, dass die DVRK ein Satellit Pekings ist. So einfach ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten allerdings nicht. Sicherlich ist die DVRK in einem hohen Maße von China abhängig. Ökonomisch und politisch ist sie aber kein Vasall. Von daher gleicht die Vorstellung, man müsse nur Peking davon überzeugen, dass Nordkorea sein Atompro-

gramm aufgeben muss, einer Milchmädchenrechnung.

Peking selbst hat wiederholt glaubwürdig beteuert, dass es die nuklearen Provokationen seines kleinen Nachbarn nicht toleriert und hat sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kooperativ gezeigt, wenn es um die Verurteilung solcher Provokationen ging.

Auch hat China im Prinzip kein Interesse an einem nuklear bewaffneten Nordkorea, da jede zusätzliche Nuklearmacht in Asien die chinesische nukleare Position relativ schwächt. Dennoch ist China nicht bereit, Nordkorea seinen Schutz zu entziehen, um ein Ende des nordkoreanischen Atomprogramms herbeizuführen.

Denn in Peking herrschen folgende strategische Überlegungen vor:

- Sollte China mehr Druck auf Nordkorea ausüben, würde Nordkorea sich verstärkt Russland zuwenden und damit würde der chinesische Einfluss auf Pjöngjang schwinden.
- Da Nordkorea über die nukleare Technologie verfügt, ist es China lieber, einen gewissen, wenngleich begrenzten Einfluss auf das Regime und sein Nuklearprogramm ausüben zu können, als gar keinen.
- Zuletzt wird Chinas Nordkorea-Politik von einem Szenario dominiert, das alles andere überschattet und Pjöngjang ein Mindestmaß an chinesischer Unterstützung garantiert, egal wie sich die Kim-Dynastie verhält.

Nichts wäre für China schlimmer als der Kollaps des nordkoreanischen Regimes, eine darauf folgende Wiedervereinigung der beiden Koreas und die Ausweitung der US-amerikanischen Sicherheitsgarantien auf ein geeintes Korea. Denn dann würde China eine direkte Grenze mit einem amerikanischen Verbündeten haben und die strategische Tiefe, die es durch die Existenz eines kommunistischen Nordkoreas seit den 1950er Jahren zu den USA hat, verlieren.

Und da das Szenario eines vereinigten, im amerikanischen Sicherheitsorbit stehenden Koreas aus chinesischer Perspektive einem Albtraum gleicht, ist China – wenn es hart auf hart kommt – immer wieder bereit, das Regime in Pjöngjang zu stützen. Damit trägt Peking selbstredend dazu bei, das Überleben Nordkoreas zu garantieren. Chinas Einfluss geht jedoch nicht so weit, dass es dem Regime Politiken, insbesondere im Nuklearbereich, vorschreiben kann. Vertreter der These, dass Nordkorea ein Satellit Pekings ist, übersehen dabei gerne, dass das nordkoreanische Nuklearprogramm originären nordkoreanischen Sicherheitsbedenken entspringt.

### **Was kann Deutschland tun?**

Abschließend einige wenige Überlegungen zur Frage, wie die Bundesrepublik Deutschland mit den hier dargestellten chinesischen Ambitionen umgehen sollte:

- Zuvorderst erscheint es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Wahrnehmung Chinas in Deutschland hauptsächlich durch ökonomische Faktoren dominiert wird. Politiker und Wirtschaftsvertreter sehen in China einen enormen Markt, der große ökonomische Gewinne verspricht und verschließen deshalb oftmals die Augen vor den sicherheitspolitischen und politischen Ambitionen Chinas.

- Der Einfluss, den Deutschland auf China nehmen kann, ist begrenzt und kann primär nur über eine einheitliche China-Politik der EU erfolgen. Da aber auch die EU als einheitlicher politischer Akteur in Beijing kaum wahrgenommen, geschweige denn ernstgenommen wird, ist eine enge Abstimmung mit den USA in der deutschen China-Politik der einzige Weg, um in Asien machtpolitisches Gewicht in die Waagschale zu werfen.
- Raum für eine eigenständige Politik eröffnet sich für Deutschland im Rahmen der EU, wenn es darum geht, den chinesischen Einfluss auf die ökonomisch schwächeren EU-Staaten zurück zu drängen. Hier wäre es angebracht, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um den Eintritt Chinas in die EU durch die Hintertür zu verhindern.
- Generell muss man aber anmerken, dass der Einfluss, den Deutschland auf die chinesische Politik nehmen kann, begrenzt ist. Dafür sind die machtpolitischen Ungleichgewichte einfach zu groß.
- Dies darf uns dennoch nicht der Aufgabe entheben, China und Asien zunehmend aus einer sicherheitspolitischen Perspektive zu betrachten.



Foto: picture alliance/ikon-images

Prof. Dr. Michael Staack

Universität der Bundeswehr Hamburg



Foto: WDR

## CHINA: DIE MARITIME DIMENSION

### Der Aufstieg Chinas als ordnungspolitische Herausforderung

Der wirtschaftliche und politische Aufstieg Chinas gehört zu den wichtigsten Entwicklungen des frühen 21. Jahrhunderts; die weitere Einbindung dieses Landes in eine regelbasierte, multilaterale Ordnung zu unseren größten Herausforderungen. Dieser Prozess hat erhebliche Auswirkungen sowohl auf das internationale System als auch auf die regionale Ordnung in Ostasien.

Die fortgesetzte Integration Chinas in eine sich fortentwickelnde internationale Ordnung erscheint durchaus realistisch. Zum einen hat China seit der Einleitung seiner Reform- und Öffnungspolitik (1978) von dieser Ordnung profitiert. Es verlangt eine stärkere Mitgestaltung, aber keinen Wechsel der Ordnungsstrukturen. Zum anderen erzwingt die zunehmende Multipolarisierung des internationalen Systems die Integration aufstrebender Mächte, wenn es funktionsfähig bleiben soll. Diese Auffassung hat sich auch die Bundesregierung mit ihrem „Gestaltungsmächte-Konzept“ (2012) zu eigen gemacht.

China ist heute eine globale Gestaltungsmacht, eine Handelsmacht und eine Großmacht in Asien. Es will auf die Entwicklung des internationalen Systems auch als Diskursmacht Einfluss nehmen, indem es Initiativen für die globale Agenda ergreift und eigene Beiträge zur Norm- und Regelbildung vorlegt. Sein Aufstieg erfolgte nicht gegen, sondern innerhalb der internationalen Ordnung. Im Rahmen dieses Aufstiegs erfolgte auch eine Sozialisierung nach den bestehenden Normen, die aus der Sicht Chinas fallweise fortentwickelt bzw. reformiert werden sollen.

Insbesondere sollen sich die Machtverschiebungen zugunsten aufsteigender Mächte innerhalb des Systems widerspiegeln, z.B. durch Reform des IWF oder der Weltbank. Wenn solche Anpassungen nicht erfolgreich sind (wie bei IWF und Weltbank durch die seit 2010 andauernde Blockade der USA), betreibt China die Errichtung neuer Institutionen wie der „New Development Bank“ (NDB) der BRICS-Staaten oder der „Asian Infrastructure and Investment Bank“ (AIIB). China will die USA nicht als wichtigste Weltmacht verdrängen, sondern als gleichberechtigter Akteur in einem multipolaren Mächtekonkurrenz anerkannt werden.

Gegenwärtig ist China bereits für über 70 Staaten der Welt der wichtigste Handelspartner. In etwa 15-20 Jahren könnte es die Vereinigten Staaten als größte Volkswirtschaft der Welt überholen. Aus diesen Entwicklungstrends ergibt sich Chinas zunehmende wirtschaftliche und politische Präsenz auf allen Kontinenten und Ozeanen. Ebenso wie die USA und die EU agiert China immer sichtbarer als globaler Akteur.

Unter der Führung des seit 2012 amtierenden Staats- und Parteichefs Xi Jinping hat sich die Politik des Landes verändert. Als strategische Orientierung dienen dabei die „Zwei Hundert“: Bis 2021, dem 100. Gründungsjubiläum der Kommunistischen Partei, soll eine Gesellschaft des „bescheidenen Wohlstands“ verwirklicht sein. Bis 2049 – der 100. Wiederkehr der Gründung der Volksrepublik – soll der umfassende Wiederaufstieg zu einer globalen Großmacht abgeschlossen sein, die sich durch wirtschaftliche, technologische und militärische Stärke, innovatives und nachhaltiges Handeln, innenpolitische Stabilität und kulturelle Anziehungskraft auszeichnet.

Die „Zwei Hundert“ sind die zentralen Bestandteile des „Chinese Dream“; der von Xi Jinping proklamierten Leitvision. Innenpolitisch setzt

Xi Jinping auf mehr Disziplinierung, Ideologie und Kontrolle (gerade im digitalen Bereich), um die Herrschaft der regierenden Partei zu festigen. Außenpolitisch tritt China selbstbewusster auf. Es verfolgt seine Interessen sowohl als „responsible stakeholder“ als auch als ein Akteur, der stärker als bisher die Mittel klassischer Großmachtspolitik einsetzt. In der internationalen Ordnungspolitik hält es am Multilateralismus fest, bevorzugt aber ebenso – besonders in Ostasien – bilaterale Formate, in denen es seine ökonomische Macht ausspielen kann. Die Kooperation der EU und Deutschlands mit China wird dadurch schwieriger. Hinzu kommt, dass die chinesische Wirtschaft infolge ihrer überaus erfolgreichen Entwicklung zunehmend zu einem Wettbewerber geworden ist. Für seine Entwicklung ist China auch weiterhin auf ein friedliches Umfeld und eine liberale Handelsordnung angewiesen.

### **Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen in Ostasien**

Weitaus weniger günstig als im internationalen System stellen sich die Rahmenbedingungen in der Region Ostasien dar: (1) In Ostasien besteht keine umfassende, hinreichend institutionalisierte Kooperationsarchitektur des Staatensystems. Während die wirtschaftliche Verflechtung und Interdependenz weit vorangeschritten ist, fehlt es insbesondere in der Sicherheitspolitik an Strukturen der Zusammenarbeit. (2) Innerhalb der Region existieren zahlreiche ungelöste Sicherheitsprobleme, z.B. Territorialstreitigkeiten, die Nordkorea-Problematik oder die Frage nach der politischen Zukunft Taiwans. (3) Hinzu kommt, vor allem in Japan, eine unzureichende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Kooperation erheblich behindert und bei aktuellen Konflikten instrumentalisiert werden kann. (4) In Ostasien treffen die Interessen der USA und Chinas direkt aufeinander. Während Washington mit der 2011 proklamierten neuen Pazifik-Strategie seinen Status als Hegemonialmacht behaupten

will, zielt Beijing darauf ab, den Einfluss der Vereinigten Staaten in der Region sukzessive zurückzudrängen.

Die sicherheitspolitischen Probleme in der politisch und ökonomisch wichtigsten und dynamischsten Weltregion haben sich in den letzten Jahren nochmals verstärkt. China modernisiert sein militärisches Potenzial und erweitert damit (insbesondere maritim) seine Projektionsfähigkeit, ohne dadurch den technologisch führenden USA umfassend Konkurrenz machen zu wollen oder zu können. Wohl aber ist es bestrebt, den bisher im Pazifischen Raum (bis unmittelbar vor die Küsten der Volksrepublik) überlegenen Vereinigten Staaten Optionen zu verweigern oder diese kostspielig werden zu lassen.

Auch die USA (ebenso wie ihre regionalen Verbündeten Japan und Südkorea) verstärken ihre Rüstungsanstrengungen und reaktivieren ihre bilateralen Allianzen. Bis Anfang 2017 betrieb Washington zudem das Projekt einer China ausschließenden Freihandelszone (TPP). Durch seine fortgesetzten Nukleartests und sein unberechenbares Verhalten trug Nordkorea erheblich zur Verschlechterung der Sicherheitslage in Ostasien bei. In der gesamten Region führte der Aufstieg Chinas, dessen Geschwindigkeit präzedenzlos ist, zu Ängsten, Abwehrreaktionen, Fehlperceptionen und Instabilitäten. Die latenten und offenen Konflikte bestärkten den Wunsch der meisten ost- und südostasiatischen Nachbarn der Volksrepublik nach einer rückversichernden, balancierenden Rolle der USA. Die bisherige, wesentlich durch Unilateralismus und Unberechenbarkeit gekennzeichnete Politik der Trump-Administration hat die Fähigkeit der USA als Balancer aus der Sicht vieler Länder der Region in Frage gestellt. Insgesamt steht außer Zweifel: Die Staaten der Region wollen beides – wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit China und mit den USA.

Ostasien befindet sich in einem Zustand des nicht oder nur ungenügend eingehegten Sicherheitsdilemmas, das offensichtlich durch den zunehmenden Grad ökonomischer Interdependenz allein nicht wirksam reduziert werden kann (Asian Paradox). Kein Staat in Ostasien ist an einer militärischen Auseinandersetzung interessiert. Die größte potenzielle Herausforderung stellt die – ungewollte – Eskalation eines Krisengeschehens in der Region dar, die – befördert durch die sino-amerikanische Konkurrenz – dann auch auf die internationale Ebene übergreifen könnte. Vor allem der Konflikt über das nordkoreanische Nuklearprogramm, aber auch die Territorialdispute im Südchinesischen Meer verfügen über ein solches Eskalationspotenzial.

Grundvoraussetzung jeder realistischen und friedensförderlichen Sicherheitspolitik ist das Erfordernis der Empathie, d.h. die Fähigkeit und Bereitschaft, die sicherheitspolitischen Handlungsmotive und Interessen anderer Staaten zu verstehen und nach Maßgabe der eigenen Interessensdefinition auch zu berücksichtigen. Diese Fähigkeit und Bereitschaft zur Empathie ist in Ostasien auf allen Seiten eher gering ausgeprägt. Deutsche Außenpolitik war und ist immer besonders erfolgreich, wenn sie Empathie praktiziert und auf Interessenausgleich setzt.

### **Europäische und deutsche Interessen**

Die Interessen der EU bzw. Deutschlands und der USA in Bezug auf Ostasien und China stimmen teilweise überein, es bestehen aber auch wichtige Unterschiede. Eine eigenständige Position von EU und Deutschland ist vorhanden und geboten – wie der Nordkorea-Konflikt in den letzten Monaten erneut gezeigt hat. Das zentrale europäische und deutsche Interesse besteht in der Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung und der Entwicklung einer regionalen

Ordnung kooperativer Sicherheit, in deren Rahmen Konflikte friedlich gelöst und Freihandel einschließlich offener Schifffahrtswege gewährleistet werden. Ziel dieser Politik ist die Einbindung, nicht die Eindämmung der Gestaltungsmacht China.

Zwischen Deutschland und China hat sich – so die offizielle Bezeichnung – eine „Große umfassende Strategische Partnerschaft“ mit großer Dichte und Tiefe entwickelt, die regelmäßige Regierungskonsultationen und über 70 Dialogformate (unter Einschluss der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik) umfasst. Diese Partnerschaft beruht auf einer Reihe von gemeinsamen Interessen (z.B. in der Global Governance und in der Wirtschaftskooperation). Sie hat ein Vertrauenskapital geschaffen, das bei Interessensgegensätzen genutzt werden kann.

Die Europäische Union bzw. Deutschland sind keine Verbündeten der USA im Pazifischen Raum. Es gibt auch keine gemeinsame Ostasien- oder China-Strategie. Obamas „Pivot to Asia“ war eine nationale Strategie der USA, bei der EU (und NATO) nicht konsultiert wurden. Die EU und die USA haben aber verabredet, die Interessen der jeweils anderen Seite bei ihrer Politikgestaltung in der Region zu berücksichtigen. In der Praxis hat sich dieses Agreement eher als Einbahnstraße zu Lasten der EU gestaltet. Die Europäische Union und Deutschland werden in der Region als wirtschafts- und außenpolitische, jedoch nicht als sicherheitspolitische Akteure wahrgenommen. Sie sind auch nicht Konfliktpartei bei den verschiedenen Territorialkonflikten, sondern materiell neutral.

Zugleich bestehen sie aber auf einer friedlichen Konfliktregelung und wenden sich gegen eine Politik vollendeter Tatsachen, z.B. durch den Ausbau strittiger Eilande. Aus dieser europäischen und deutschen Posi-

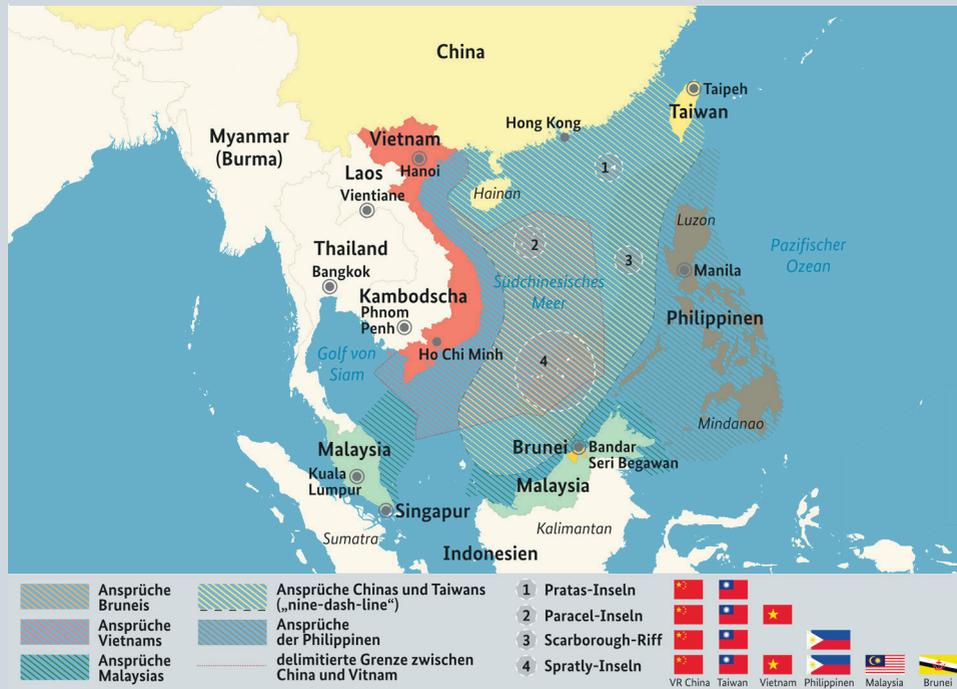
tion ergeben sich Optionen für eine eigenständige, vermittelnde Rolle, die insbesondere die kleineren und mittleren Staaten bzw. die „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) unterstützen kann.

### **Der Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer**

Beim Streit um Territorialrechte im Südchinesischen Meer handelt es sich um einen rechtlich und politisch außerordentlich komplexen Konflikt, der schwer regelbar ist. Der Konflikt umfasst mehrere, miteinander verschränkte Dimensionen: (1) Es handelt sich um ein internationales Ordnungsproblem, bei dem über die Anwendbarkeit und Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) gestritten wird. (2) Es geht um Streitigkeiten zwischen China und verschiedenen Nachbarstaaten; aber auch zwischen diesen Nachbarstaaten; also um ein regionales Problem. (3) Der Streit ist inzwischen auch Bestandteil der amerikanisch-chinesischen Macht- und Hegemonialkonkurrenz geworden und wurde dadurch zusätzlich politisch aufgeladen.

Auch der Konfliktgegenstand muss multidimensional verstanden werden: (1) Es geht um die Durchsetzung von Souveränität auf der Grundlage historisch gewachsener Ansprüche. So wurde die von China und Taiwan beanspruchte „Nine-Dash-Linie“ bereits 1949 von der Republik China proklamiert. (2) In gleicher Weise geht es um den Zugang zu Ressourcen, insbesondere Öl, Gas und Fischereigründe. (3) Ebenfalls relevant sind Sicherheitspolitik und Militärstrategie, d.h. die Erweiterung der Optionen der Volksbefreiungsmarine durch gesicherten Zugang zu Hochseegewässern. Die unterschiedlichen Staatenpositionen über diesen Konflikt bestehen seit über 70 Jahren. Seine Aufladung in den letzten Jahren lässt sich hauptsächlich mit veränderten Machtverhältnissen zugunsten Chinas, mit der zunehmenden sino-amerikanischen

## Schaubild: Südchinesisches Meer



Grafik: Bundeszentrale für politische Bildung 2014/Bundeswehr/Daniela Hebbel

Konkurrenz und, damit verknüpft, mit sicherheitspolitischen Erwägungen erklären.

Das Urteil des Internationalen Schiedsgerichtshofes vom 12. Juli 2016 in der Streitsache Philippinen gegen China hat nicht zu einer Regelung oder Einhegung des Konflikts beigetragen. Mit diesem Urteil wurden die chinesischen Ansprüche zwar rechtsverbindlich zurückgewiesen. Allerdings hatte China schon im Jahr 2006 maritime Territorialdispute von seiner Zustimmung zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit ausgenommen und sich an dem Verfahren vor dem Schiedshof nicht beteiligt, das Verfahren nicht akzeptiert und die Nichtanerkennung des Urteils angekündigt. Die 2016 neu ins Amt gekommene philippinische Regierung rückte ebenfalls von diesem Urteil ab und kündigte an, nun eine politische Lösung mit China suchen zu wollen.

Deutschland war bereit, den Schiedsspruch anzuerkennen. Innerhalb der Europäischen Union kam eine solche Einigung aber nicht zustande, weil sich u.a. Griechenland, Kroatien, Slowenien und Ungarn dagegen sperrten. Erneut erwies sich, dass obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit nur dann als Instrument zur Konfliktregelung taugt, wenn die Konfliktparteien diese vorab anerkennen und eine inhaltliche Annäherung eingeleitet worden ist. Eine Konfliktregelung gegen eine Konfliktpartei funktioniert selbst in der Europäischen Union nicht: so erkennt Kroatien ein für das Land nachteiliges Urteil des Internationalen Schiedshofes vom 29. Juni 2017 in einem von Slowenien angestregten Verfahren ebenfalls nicht an. Hinzu kommt, dass die USA für sich obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit grundsätzlich ablehnen und Frankreich (1996) wie Großbritannien (2003) ähnliche Vorbehalte wie China geltend gemacht haben. Gleichwohl ist sich China bewusst, dass ihm der Schiedsspruch politisch geschadet hat.

In der Folge setzten die USA ihre „Freedom of Navigation“-Operationen mit erhöhter zeitlicher Frequenz fort, während China weiterhin Inseln aufschüttete bzw. ausbaute. Hinzu trat aber eine regionale Kooperationsdynamik in Bezug auf die Territorialdispute: China und Vietnam verständigten sich auf einen hochrangigen politischen Dialog, China und die Philippinen auf die Bearbeitung des Themas in hochrangig besetzten Kommissionen und zwischen China und ASEAN gelang eine Grundsatzvereinbarung auf ein „Draft Framework Agreement on the Conduct of the South China Sea“.

Die Sicherheitskonstellation in der Südchinesischen See bleibt fragil. Weder China noch die USA werden ihre Politik ändern. Dringend erforderlich ist eine verbesserte Krisenkommunikation, um Zwischenfälle auf See einhegen zu können. Ebenfalls erwartbar ist eine Fortsetzung der

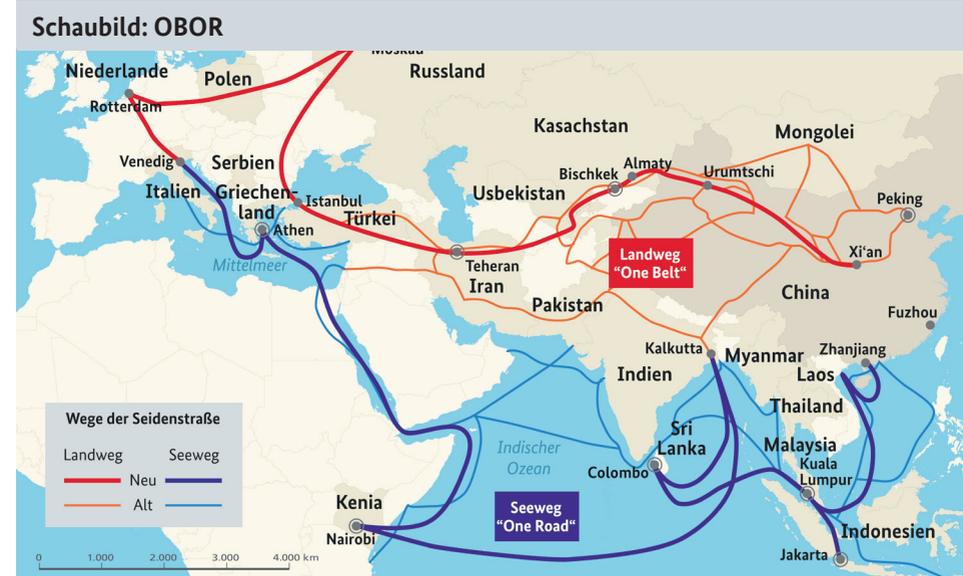
regionalen Kooperationsdynamiken. Dabei könnte das völkerrechtliche Konzept eines „Joint Development“ der strittigen Gebiete in den Vordergrund treten, das gemeinsame Ressourcennutzung ermöglichen soll, während die strittigen Rechtsansprüche bestehen bleiben.

Eine zeitliche und inhaltliche Verknüpfung des Konflikts mit anderen Konfliktgegenständen – z.B. Nordkorea – birgt die Gefahr krisenhafter Zuspitzungen und denkbarer Eskalationen im sino-amerikanischen Verhältnis. Deshalb erscheint es geboten, alle Möglichkeiten der multi- und bilateralen Konflikt diplomatie auszuschöpfen.

### Die Seidenstraßen-Initiative und ihre maritime Dimension

Mit der 2013 von Staats- und Parteichef Xi Jinping proklamierten „Seidenstraßen-Initiative“ (One Belt, One Road = OBOR) verfolgt China mehrere Zielsetzungen: (1) die wirtschaftliche Erschließung von neuen Märkten, z.B. in Zentral- und Südostasien, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika; (2) die Entwicklung seiner eigenen, unruhigen Westgebiete (Xinjiang und Tibet) und der unmittelbaren regionalen Nachbarschaft; (3) die infrastrukturelle Verstärkung der Verbindungen nach Europa einschließlich Russlands und der Türkei und in die anderen genannten Weltregionen.

Aufgrund der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, der vorhandenen multilateralen (z.B. in der „Shanghai Cooperation Organization“) und bilateralen Partnerschaften (z.B. mit Pakistan und Russland) verfügt OBOR über ein großes Entwicklungspotenzial. Es handelt sich um ein wirtschaftliches Projekt mit außen- und sicherheitspolitischen Auswirkungen. Es wäre ganz falsch, Chinas „Seidenstraßen-Initiative“ als ein „fertiges“ Vorhaben zu betrachten. Stattdessen befindet



Grafik: Economist 2016/Bundeswehr/Daniela Hebbel

sich OBOR in der Entwicklung bzw. Ausformulierung, nicht zuletzt in Bezug auf angestrebte Kooperationspartnerschaften. Am treffendsten lässt sich OBOR fassen als offener Prozess mit Chancen und Risiken. Die EU und Deutschland haben OBOR grundsätzlich begrüßt. Sie verlangen aber einen fairen, erprobten Standards entsprechenden Zugang zu den Projekten. Nach dem Vorbild der Gestaltung der AIIB könnte China zusätzliche wichtige Partner gewinnen, wenn es deren Interessen entgegenkommt.

Die militärische Dimension der Initiative ist bisher gering ausgeprägt. So hat China auf das Angebot Pakistans, den Hafen Gwadar auch militärisch zu nutzen, ablehnend geantwortet. Als Handelsmacht ist China an freien Handelslinien und gesicherten Rohstoffzufuhr grundlegend interessiert. An deren Unterbrechung hat es kein Interesse, wohl aber an der Fähigkeit, auch anderen Mächten und nicht-staatlichen Gewaltakteuren eine solche Unterbrechung zu verwehren. Auf der maritimen Seidenstraße könnte China in die Rolle eines Mitgaranten freier Handelswege hineinwachsen.

## Schlussfolgerungen

Die Europäische Union und Deutschland sollten in Bezug auf Sicherheit und Zusammenarbeit in Ostasien eine eigenständige, ihren Interessen folgende Politik betreiben. Durch gemeinsame Standpunkte und Strategien, gerade im Verhältnis zu China, erhöhen die Staaten der Europäischen Union ihre Verhandlungsmacht ganz erheblich.

Innerhalb der Strategischen Partnerschaften von EU und Deutschland mit China dürften in den nächsten Jahren große Kooperationsflächen bestehen bleiben; die Bedeutung von Konfliktthemen (wirtschaftlich und politisch) zugleich eher zunehmen. Was die Wirtschaftsbeziehungen betrifft, sollten EU und Deutschland auf dem Grundsatz der Reziprozität bestehen, um beidseitig vorteilhafte Ergebnisse zu erzielen. Im politischen Bereich sollten EU und Deutschland deutlich widersprechen, wenn Verhaltensweisen und Positionen von China, aber auch von anderen Akteuren in Ostasien, nicht vereinbar sind mit ihren Konzepten von regelbasierter internationaler Ordnung und kooperativer Sicherheit. Chinas Aufstieg erfolgt – nach wie vor – im Rahmen der bestehenden Ordnung. Für seine weitere Entwicklung bleibt ein friedliches Umfeld auch künftig unverzichtbar.

In den zurückliegenden 15 Jahren hat sich China für die Kooperationsstrategie des Multilateralismus entschieden und in zahlreichen entsprechenden Formaten engagiert. So ist China unter den ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates der größte Truppensteller. Es ist als Vertragspartei von etwa 30.000 Abkommen in das internationale Regelsystem integriert. Deshalb sollten die Europäische Union und Deutschland gezielt Chinas aufgeklärtes Eigeninteresse am Multilateralismus ansprechen und fördern – aktuell z.B. in Bezug auf die „Seidenstra-

ßen-Initiative“. Durch multilaterale Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Regeln kann China mittel- bis langfristig mehr erreichen als durch vordergründig erfolgreiche unilaterale Vorteilssuche. Die Ausgestaltung der AIIB und die chinesische Mitwirkung in der VN-Mission zur Bekämpfung von Piraterie im Golf von Somalia stellen Erfolgsbeispiele für einen solchen Weg dar.

Deutschland gilt in China als verlässlicher Partner, der keine „hidden agenda“ verfolgt. Daraus ergibt sich ein großes Vertrauens- und Einflusskapital. Aufgrund dieses Kapitals und seiner generellen Völkerrechtstreue wird die deutsche Position in Bezug auf den Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer in Beijing ernst genommen. Eine Teilnahme an den US-geführten „Freedom of Navigation“-Operationen würde dieses Kapital ernsthaft beschädigen, ohne in der Sache erkennbaren Nutzen zu bringen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die USA nicht Mitglied von UNCLOS sind und – ebenso wie Großbritannien und Frankreich – selbst grundsätzliche Vorbehalte gegenüber obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit geltend machen, von China aber deren Befolgung verlangen. Eine solche Strategie ist völkerrechts- und ordnungspolitisch nicht glaubwürdig und außenpolitisch nicht erfolgversprechend.



Prof. Dr. Dr. Ayad Al-Ani

Alexander von Humboldt Institut  
für Internet und Gesellschaft

## DAS CHINESISCHE SOCIAL CREDIT SYSTEM – EIN DIGITALES GESELLSCHAFTSMODELL MIT GLOBALEN AUSWIRKUNGEN

### Vorbemerkung: Skizzen eines digitalen Gesellschaftsmodells

Das chinesische Social Credit System (SCS) ist ein Modell, welches das Verhalten von Individuen und Unternehmen umfassend beeinflussen soll. Dieses System kommt zu einem kritischen Zeitpunkt: Trotz fortschreitender Digitalisierung ist bislang noch kein neues Gesellschaftsmodell entstanden. Man kann also das SCS mit Fug und Recht als einen Versuch verstehen, ein völlig neues Steuerungsmodell für Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen. Dass solch ein System in China entsteht, welches seine vor allem ökonomisch vorgetragene Expansion über die Grenzen hinaus absichern will, ist von besonderem Interesse. Denn es macht dieses Projekt zum Teil einer globalen Strategie, welche auch auf diejenigen internationalen Partner Auswirkungen haben wird, die Schnittstellen zur chinesischen Ökonomie aufweisen!

Das Modell ist in einer Art entstanden, die der vermeintlich typischen chinesischen Herangehensweise entspricht: Die einzelnen Komponenten und Ideen sind auch im Westen vorhanden, werden nun „gespiegelt“ und zentralistisch und langfristig umgesetzt. Der strategische Ansatz, dieses Projekt mit einer zentralen Komponente (eine zentrale Speicherung der Daten, ein zentraler Algorithmus) umzusetzen, die jedem Bürger und jedem Unternehmen einen Score errechnet, welcher u.a. die individuelle Compliance mit Gesetzen reflektiert, verleiht dem Vorhaben eine ungeahnte und kaum abschätzbare Tragweite. Das Projekt hat zudem ob seines Umfangs und seiner Absicht – nämlich die Wirtschaft

und Gesellschaft eines nichtdemokratischen Landes zu steuern – auch im Westen eine entsprechende Aufmerksamkeit erlangt.<sup>1</sup>

Viele Vermutungen, die hier geäußert werden, insbesondere die Messung politischen Wohlverhaltens, lassen sich bislang allerdings noch kaum nachweisen, da das Modell noch nicht umgesetzt ist. Alleine aber die Mächtigkeit dieses Ansatzes – wenn er einmal funktionieren sollte – ermöglicht enorme Steuerungs- und Beeinflussungsmöglichkeiten.<sup>2</sup> Begleitet wird dieses Projekt von einer bislang scheinbar positiven Akzeptanz durch die Bevölkerung. Staatliche Steuerungsmaßnahmen werden in China prinzipiell eher akzeptiert und positiver bewertet, als in vielen westeuropäischen Ländern.<sup>3</sup>

Die Möglichkeiten eines zentralistischen Ansatzes sind auch deswegen weitgehender und erscheinen wie ein Vorbote einer digitalen Gesellschaftsversion, die sich auch in anderen Ländern knapp hinter dem Horizont abzuzeichnen scheint.<sup>4</sup> Da auch der Westen neue Steuerungsansätze benötigt, sind hier Wechselwirkungen zu vermuten: “Ultimately, China’s Social Credit System could fast become a global phenomenon: related IT-systems and big data solutions have high export potential to countries where the goal of strengthening state control of the economy

---

<sup>1</sup> Hatton (2015); *The Economist* (2016); Warislohner, F. (2015).

<sup>2</sup> Zu der prinzipiellen Möglichkeit und einer Geschichte des Missbrauchs von „Registaturen“ von Bürgerdaten siehe Campolo et.al. (2017), S. 22. Das Programm muss wohl ebenso als eher umfassend betrachtet werden, mit entsprechenden Möglichkeiten zum Missbrauch: *The Economist* (2016).

<sup>3</sup> Die Akzeptanz in China und Südkorea gegenüber staatlichen Lenkungsmaßnahmen (Nudging) scheint noch über der positiven Haltung in demokratischen Ländern zu liegen: Sunstein/Reisch/ Rauber (2017).

<sup>4</sup> Das Wortspiel mit dem Begriff „Horizont“ ist bewusst gewählt und soll die erkennbaren und eher steuerbaren Ereignisse der Zukunft andeuten, die hier thematisiert werden. Im Gegensatz zum Event Horizon, der ja den Punkt bezeichnet, an dem künstliche Intelligenzen den Menschen überholen und in eine „fremdartige“ und „unverständliche“ Zukunft führen werden. Sirius/Cornell (2015), S. 215.

is prominent. While implementation will always require a certain level of bureaucratic and technological capability, China’s approach to the regulation of the economy could become a role model for other economies worldwide, if the Social Credit System proves to be successful.”<sup>5</sup>

### Das Projekt SCS und seine Begründung

Die zentrale Idee von SCS ist die Ableitung von Scores für die einzelnen Marktteilnehmer. In diese Scores sollen etwa die Gesetzeskonformität, Ratings bei der Mitarbeit bei staatlichen Projekten aber auch finanzielle Kennzahlen von Unternehmen einfließen.<sup>6</sup> Dieses Projekt, welches bis zum Jahr 2020 abgeschlossen sein soll, verwendet eine zentrale Datenbasis (National Credit Information Sharing Platform), die von staatlichen zentralen und dezentralen Stellen beliefert wird, mit verschiedenen Ratingagenturen verbunden ist und schon seit 2015 in Betrieb ist.

Etwas unklarer erscheint der genaue Teilnehmerkreis: Eindeutig ist der Fokus auf Unternehmen und NGOs. Fraglich bleibt, inwiefern und in welchem Ausmaß dieses System auch die staatliche Verwaltung sowie private Individuen mit einschließt. Letzter Punkt wird insbesondere in westlichen Medien hervorgehoben.<sup>7</sup> Der chinesische Staat hatte 2015 private Unternehmen wie Alibaba und Tencent aufgefordert, eigene

---

<sup>5</sup> Meissner (2017), S. 11

<sup>6</sup> Meissner (2017), S. 3ff.

<sup>7</sup> Die staatlichen Stellen sprechen allerdings ganz klar von allen Mitgliedern der Gesellschaft, die von einem SCS erfasst werden sollen: “A social credit system is an important component part of the Socialist market economy system and the social governance system. It is founded on laws, regulations, standards and charters, it is based on a complete network covering the credit records of members of society and credit infrastructure, (...)” China Copyright and Media (2014).

Social Credit Systeme für ihre Kunden aufzubauen.<sup>8</sup> Allerdings wurde zuletzt die Zusammenarbeit mit diesen Unternehmen aufgekündigt und Interessenkonflikte, insbesondere bei der Weitergabe von Daten, als Grund genannt. Offensichtlich sollen nun auch diese Programme wieder unter staatlicher Kontrolle ablaufen.<sup>9</sup>

Während bei westlichen Kommentatoren des Projekts der Fokus oft auf dem Kontrollaspekt liegt, ist die Begründung für dieses Projekt seitens der kommunistischen Partei Chinas eine andere: Hier wird die Zielsetzung genannt, Vertrauen und Transparenz zwischen Marktteilnehmern zu erhöhen. Paradoxerweise muss die Partei ein Problem lösen, welches sie selbst hervorgebracht hat: Der seit den Reformen in den 1980er Jahren vorherrschende Materialismus wird durch keinerlei zivile und traditionelle Institutionen bzw. konkurrierende politische Meinungen gebremst und in zivilisierte Bahnen gelenkt. Selbst staatliche Stellen werden von Korruption befallen und auch die Kohäsion der Gesellschaft als solche scheint immer mehr bedroht zu sein.<sup>10</sup> Wenn die Rückkehr oder die Revitalisierung traditioneller Werte und Institutionen nicht möglich ist, bleibt ein technisches, objektives Modell, als verlockende Lösung.

---

<sup>8</sup> Der Überwachungsaspekt bei diesen Versionen war enorm: "They know who our friends are, what we read, what games we play, what we chat about privately, and what we post on public social feeds (Alibaba has some of this data too, but not to the same extent). One of the descriptions (...) of how Tencent tracks 'social connections' states it observes 'notices from people in their network, primarily from social account information, to determine whether social behavior is healthy.'" Horwitz (2017). Allerdings scheint die konkrete Beziehung und Vereinbarungen zwischen dem SCS und diesen privaten Unternehmen nicht offengelegt: vgl. Warrislohner (2015).

<sup>9</sup> Hornby (2017).

<sup>10</sup> Hawkins (2017).

## Das SCS-Gesellschaftsmodell und der Bedarf nach neuer Governance in der digitalen Sphäre

Modelle zur Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft über andere Mechanismen als reine Marktpreise sind nicht neu und wurden in Europa seit dem 1. Weltkrieg diskutiert.<sup>11</sup> Obwohl Protagonisten schon recht früh auf die Möglichkeit verwiesen, Preise durch den Computer zu errechnen und nicht durch „altmodische“ Marktmechanismen, die immer wieder fehleranfällig sind, setzte sich diese Idee nicht durch.<sup>12</sup> Der letzte Versuch, eine kybernetische Steuerung einzusetzen, geschah unter Präsident Allende im Chile der 1970er Jahre und war nicht zuletzt durch die knappen Computerressourcen sehr limitiert.<sup>13</sup> Im Gesellschaftsbereich war das Unmöglichkeitstheorem des Nobelpreisträgers Kenneth Arrow derartig einflussreich, dass alternative und partizipativere politische Strukturen fortan unterblieben: Arrow plädierte für Top-down-Vorgaben von politischen Programmen, da die reine Aufsummierung von individuellen Präferenzen – man könnte ja die Präferenzen von Individuen statistisch erheben, anstatt zu wählen – zu unlogischen Ergebnissen führen würde.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Mirowski (2002), S. 232ff.; Al-Ani (2015a), S. 41-62.

<sup>12</sup> Auf die Kritik von Friedrich Hayek entgegnete etwa der Ökonom Oskar Lange schon in den 1960er Jahren: „My answer to Hayek would be: so what's the trouble? Let us put the simultaneous equations on an electronic computer and we shall obtain the solution in less than a second, the market process with its cumbersome tatonnements appears old-fashioned, indeed it may be considered a computing device of the pre-electronic age." Lange (1967), S. 158.

<sup>13</sup> Medina (2011).

<sup>14</sup> "(...) the only methods for passing from individual tastes to social preferences which will be satisfactory and which will be defined for a wide range of sets of individual orderings are either imposed or dictatorial." Arrow (2012), S. 59.

Auch die neuen sozialen Medien haben bislang die Steuerung der Gesellschaft (noch) nicht nachhaltig verändert, sondern scheinen sich in die traditionellen Strukturen einzufügen, ohne diese zu substituieren.<sup>15</sup> Zugleich werden sich entstehende Plattformunternehmen – also Unternehmen, die ihre Produktionsfaktoren, Vertrieb und Nutzung ihrer Produkte über ein globales, virtuelles Rahmenwerk orchestrieren und hierbei ob der anfallenden Komplexität auch Maschinelles Lernen (ML) bzw. Künstliche Intelligenz (KI) verwenden müssen – immer mehr vom Nationalstaat emanzipieren.<sup>16</sup> Sie sind mit nationalen Gesetzen und Regeln kaum mehr zu erfassen, schaffen ihre eigenen Regeln und Währungen (sog. Megacoin-Plattformen) und wollen sogar eigene Territorien benutzen.<sup>17</sup> Nationale Wirtschafts- und Fiskalpolitik funktioniert in einem solchen Setting immer weniger.

In diesem Kontext erscheint das chinesische SCS zunächst als ein „systemkonformer“ Vorstoß: Es belässt die kapitalistischen Mechanismen in Kraft und verringert dabei die Transaktionskosten der Marktteilnehmer (insb. Anbahnungskosten eines Vertrages). Somit erhöht es also die Markteffizienz und erzielt durch den Score nicht nur eine Transparenz bzw. Bewertung des Transaktionspartners, sondern beeinflusst auch das Verhalten der Teilnehmer, indem der Zugang zu Ressourcen (Bildung, Investitionen, Reisen, Beziehungen etc.) gesteuert wird. Es vermittelt also die staatlichen Top-down-Vorgaben und schafft es zudem, diese Direktiven auf eine subtile Art und Weise, fast unsichtbar, in einen Score zu übersetzen, der wiederum in der Verantwortung des Individuums

---

<sup>15</sup> Al-Ani (2017), S. 169ff.

<sup>16</sup> Valdes et.al. (2015).

<sup>17</sup> Al-Ani (2015b).

zu liegen scheint. In diesem Sinne könnte man dieses System als eine digitale Übersetzung von Wirtschafts-, Fiskal- und paternalen bzw. autoritärer Gesellschaftspolitik verstehen, dessen Wirkungsrichtung sich immer wieder in einem spezifischen, staatlich gelenkten Score materialisieren kann.

Perspektivisch könnte dieses System nicht nur das verloren gegangene Vertrauen der chinesischen Marktteilnehmer wiederherstellen, sondern auch den Zugang zu Kapital verbessern und damit zu einer Art digitalem Volkskapitalismus führen, wie er von Thatcher/Reagan in den 1980er Jahren angedacht wurde: Der Score kann die Kreditwürdigkeit erhöhen und gibt möglicherweise so jenen Marktteilnehmern Zugang zu Kapital, denen ohne ein solches Ratingsystem dieser verwehrt wäre.<sup>18</sup>

Interessant ist auch, dass dieser Mechanismus scheinbar ohne Partizipation oder Demokratie auskommt. Allerdings kann man vermuten, dass früher oder später der Algorithmus offengelegt werden muss und auch eine Diskussion über die Variablen und deren Gewichtung in Gang kommt. Schlussendlich hat das Programm auch zum Ziel, das Vertrauen zur Partei zu verbessern.<sup>19</sup> Im Sinne einer Verhaltensänderung ist die Transparenz der Algorithmen wohl auch notwendig: Wenn man bestimmte Haltungen erzielen will, muss die entsprechend relevante Variable des SCS-Algorithmus inklusive Gewichtung bekannt sein, denn die Alternative gleicht der Situation, die Kafkas „Der Prozess“ beschreibt. Josef K. weiß nicht, wessen er angeklagt ist und befindet sich deshalb

---

<sup>18</sup> Albus, J. S. (2007). *Zu der Diskussion in Deutschland: Scharpf (1987)*.

<sup>19</sup> *So musste etwa der erste Pilotversuch in der Region Jangsu wieder abgebrochen werden, da die Resultate von der Bevölkerung nicht akzeptiert wurden: Hawkins(2017).*

in einer aussichtslosen Situation. Eine anknüpfende gesellschaftliche Debatte kann deshalb auch nicht ausgeschlossen werden bzw. eine Unterdrückung einer solchen, würde das Problem nur vertagen. Wenn das SCS nicht nur die Kohäsion der Gesellschaft, Transaktionseffizienz der Ökonomie, sondern auch den Kapitalzugang fördern soll, dann kann es zudem zu einer stärkeren Partizipation einer kapitalisierten Mittelschicht kommen.<sup>20</sup>

### SCS und internationale Auswirkungen

Mittel- und langfristig, so kann man prognostizieren, werden alle Unternehmen und Personen, die mit chinesischen Plattformen in Berührung kommen, von dem SCS bzw. vielleicht von spezifisch vorgesehenen Derivaten betroffen sein (Internationale Version, Europäische Version etc.).<sup>21</sup> Im Sinne der schon erwähnten expansiven und integrativen Plattformmechanismen ist zu vermuten, dass alle ausländischen Unternehmen, die auf den chinesischen Markt vordringen wollen, über chinesische Plattformen oder assoziierte Agenturen gehen müssen. Der Anreiz für ausländische Unternehmen, sich den Regeln chinesischer Plattformen zu unterwerfen ist extrem hoch und diese Bewegungen führen dann „automatisch“ dazu, dass das SCS auch für ausländische Unternehmen Relevanz erlangen und mit der Dominanz der chinesischen Wirtschaft

---

<sup>20</sup> "For many Chinese it is a welcome step toward holding the powerful accountable, since it's not just individuals who will be affected. Companies will also be subject to greater scrutiny and retribution for uncivil behaviour, as will local governments, all of which will be assigned ratings on the basis of data available online." Hawkins (2017).

<sup>21</sup> "From an international perspective, it is important to note that government documents referring to the Social Credit System do not discriminate between Chinese and foreign businesses. The same is true for private and state-owned enterprises. Implementation will show whether this principle will remain unchanged. It is, however, likely that foreign businesses active on the Chinese market will be fully integrated into the system and treated the same way as their Chinese competitors. Simultaneously, foreign companies will be subjected to the full extent of industrial policy guidance." Meissner (2017), S. 5.

früher oder später auch globale Geltung bekommen könnte.<sup>22</sup> Wenn etwa Alibaba – und hier insbesondere sein Finanzarm – in europäische Länder expandiert (u.a. Frankreich, Polen, Russland), wird ebenfalls eine Art Scoring involviert sein. Die Plattformen können zudem auch auf anreichernde externe Daten zugreifen, die über westliche Unternehmen (Google, Facebook etc.) verfügbar sind.

Obwohl SCS ursprünglich mit dem Ziel geplant wurde, die Kohäsion und Transparenz im Inland zu verbessern, ist eine Wirkungsweise auch auf ausländische Kooperationspartner oder Kunden zu vermuten. Dass der politische Druck bzw. Wille hierzu vorhanden und eingesetzt wird, zeigte das jüngste pro-chinesische Abstimmungsverhalten von Griechenland und Ungarn in der EU, beides Länder mit signifikanten chinesischen Investitionen.<sup>23</sup> Das SCS kann also durchaus auch ein Mittel oder Vehikel sein, wirtschaftliche Ambitionen in politische Macht zu übersetzen – und dies auf subtile Art und Weise.

### Ausblick: SCS und die globale Plattformökonomie

Die Verlagerung der Ökonomie in den virtuellen Raum und die Migration von Unternehmen auf Plattformen, die durch Maschinelles Lernen unterstützt werden, werden gravierende Auswirkungen auf nationale und internationale Strukturen haben. Einiges spricht dafür, dass die hierbei zur Anwendung kommenden Technologien – vor allem ML und KI und deren benötigte Datenspeicher – zu einer Zentralisierung führen (knappe Skills, hohe Kapitalintensität). Zudem funktionieren Plattformen

---

<sup>22</sup> Müller (2017).

<sup>23</sup> Emmott /Koutantou (2017).

immer dann am besten, wenn sie umfassend sind und eine möglichst große Crowd bzw. Community bedienen können (Netzwerkeffekt), was den Hang zur Globalisierung, Konsolidierung und Monopolisierung weiter anfeuern wird.<sup>24</sup>

Die Position eines Landes wird sich auch aus der Mächtigkeit seiner Plattformen und dem Zugang zu Technologie bestimmen.<sup>25</sup> In diesem Kontext haben staatskapitalistische Länder wie China erhebliche Vorteile: Sie können Plattformen für einen großen Markt langfristige und kapitalintensiv erstellen und ebenso privatwirtschaftliche Akteure entsprechend beeinflussen.<sup>26</sup> Das SCS scheint auch in die nationalen Ambitionen des Landes zu passen, welches eine führende Rolle im Bereich des ML/der KI anstrebt: Die entstehende Datenplattform wird wohl eine der weltweit umfangreichsten und ML/KI jeglicher Ausrichtung ermöglichen

---

<sup>24</sup> So plant etwa Alibaba eine Kundenbasis von 2 Milliarden Kunden. Dies kann nur durch eine globale Expansion erreicht werden. So etwa auch in Deutschland: „In Deutschland arbeitet Alibaba derzeit vor allem am Aufbau der eigenen Marke. Dafür konzentrieren sich die Alibaba--Aktivitäten neben dem Bereich Cloud Services vor allem darauf, deutschen Unternehmen den Verkauf ihrer Waren in China über die Alibaba-B2C-Plattform Tmall zu erleichtern. Die deutschen Hersteller und Händler können hier zwar auf gute Geschäfte hoffen, der Weg aber ist nicht ohne Steine. Vor allem beim erfolgreichen Markteintritt in China sieht –Alibaba Europachef Terry von Bibra für deutsche Unternehmen Hürden: „Entscheidend für den Erfolg ist dabei, dass ein Unternehmen bereit ist, einen Lern- und Investmentprozess zu durchlaufen. Diesen Weg müssen Firmen ergebnisoffen –gehen, wenn sie ihre Marke in China etablieren und die Chancen nutzen wollen, die der aktuell –zweitgrößte und in naher Zukunft größte Online-Markt der Welt bietet.“ Müller (2017).

<sup>25</sup> So ist wohl auch die Aussage des russischen Präsidenten zu ML bzw. KI zu verstehen: „Whoever becomes the leader in this sphere (AI), will become the ruler of the world.“ Vincent (2017).

<sup>26</sup> Die nationalstaatliche Ambition zeigt sich auch in der Fusion von zivilen und militärischen Dual-Use- Programmen im ML/KI, welche im „Next Generation Artificial Intelligence Development Plan“ festgeschrieben ist: „Notably, this new plan explicitly highlights an approach of military-civil fusion (or civil-military integration) to ensure that advances in AI can be rapidly leveraged for national defense. Certain next generation AI technologies that have been prioritized will likely be used to enhance China's future military capabilities. For instance, China intends to pursue advances in big data, human-machine hybrid intelligence, swarm intelligence, and automated decision-making, along with in autonomous unmanned systems and intelligent robotics. Accordingly, China seeks to ensure that scientific and technological advances can be readily turned to dual-use applications, while military and civilian innovation resources will be 'constructed together and shared'“ Kania (2017). Als Kontrast hierzu die Situation in den USA: „Private Sector funding for AI (Artificial Intelligence) dwarfs that of the United States Government.“ Allen/Chan (2017), S. 1.

(Je umfangreicher und qualitativer die Daten sind, desto treffsicherer die lernenden Algorithmen). Eine derartige Strategie steht im Kontrast zu den Ländern des Westens, in denen der Staat weniger Einfluss auf die privaten Technologiekonglomerate hat und in einigen Bereichen eher von diesen abhängig zu sein scheint (Daten!) als umgekehrt.<sup>27</sup> Die Absage der Partei an Alibaba zeigt, dass sich der chinesische Staat diese Kontrolle um jeden Preis erhalten möchte und Plattformunternehmen sowie deren Anstrengungen zum Thema Maschinelles Lernen seinen nationalen Ambitionen unter- bzw. besser beizuordnen versucht.

Auf jeden Fall wird dieses Modell auch westliche Gesellschaftsideen beeinflussen: Es bleibt, bei nüchterner Betrachtung, auch im Westen nur der Staat als Akteur über, der hier einen signifikanten Gegenentwurf initiieren könnte. Und diese Erkenntnis mag nach den Jahren des Neoliberalismus, der Marktdominanz und des Rückzug des Staates aus der Wirtschaft für viele politische Akteure verstörend genug sein: „Rather than just regulating corporate platforms, efforts could be made to create public platforms owned and controlled by the people (And, importantly, independent of the surveillance state apparatus). (...) More radically, we can push for post-capitalist platforms that make use of the data collected by these platforms in order to redistribute resources, enable democratic participation, and generate further technological development.“<sup>28</sup>

---

<sup>27</sup> So wird etwa Deutschlands „Industrie 4.0.“- Programm international eher als Kommunikationsstrategie verstanden, als ein wirksames, staatliches Programm: „At the moment, the German consortium aims simply to raise awareness and support for the Industrial Internet, while the American consortium is actively expanding trials with the technology“ Srnicek (2017), S. 68.

<sup>28</sup> Srnicek (2017), S. 127.

## Literatur

zu dem Fachbeitrag von Prof. Dr. Dr. Ayad Al-Ani

Al-Ani, A. (2015a): *Neue Organisationsformen in Politik und Wirtschaft. Materialisierung jenseits der Hierarchie*. In: Jeschke, S. et al. (Hrsg): *Exploring Cybernetics. Kybernetik im interdisziplinären Diskurs*. Wiesbaden, S. 41-62.

Al-Ani, A. (2015b): *In Zukunft könnte es Unternehmensstaaten geben*. In: *Zeitonline*, Online verfügbar: <http://www.zeit.de/karriere/2015-08/digitaler-wandel-zukunft-unternehmen-staaten> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Al-Ani, A. (2017): *Widerstand in Organisationen. Organisationen im Widerstand. Virtuelle Plattformen, Edupunks und der nachfolgende Staat*, 2. Aufl. Wiesbaden.

Albus, J.S. (2007): *People's Capitalism. A Plan for Prosperity and Economic Justice*. *Global Business and Economic Anthology*. Vol. 1, Dec. 2007.

Allen, G./Chan, T. (2017): *Artificial Intelligence and National Security*. Cambridge Mass.

Arrow, K. (2012): *Social Choice and Individual Values*. Mansfield Centre.

China Copyright and Media (2014): *Planning Outline for the construction of a social credit system 2014-2020* Online verfügbar: <https://chinacopyrightandmedia.wordpress.com/2014/06/14/> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Campolo, A./Sanfilippo, M./Whiiaker, M./Crawford, K. (2017): *AI Now 2017 Report*. New York.

Emmott, R./Koutantou, A. (2017): *Greece blocks EU statement on China Human Rights at UN*. Online verfügbar: <https://uk.reuters.com/article/uk-eu-un-rights/greece-blocks-eu-statement-on-china-human-rights-at-un-idUKKBN1990G0> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Hatton, C. (2015): *China „Social Credit“: Beijing Sets Up Huge System*. Online verfügbar: <http://www.bbc.com/news/world-asia-china-34592186> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Hawkins, A. (2017): *Chinese Citizens Want the Government to Rank them. The Government Thinks „Social Credit“ Will Fix the Country's Lack of Trust – and the Public Agrees*. Online verfügbar: <http://foreignpolicy.com/2017/05/24/chinese-citizens-want-the-government-to-rank-them/> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Hornby, L. (2017): *China Changes Track on Social Credit Scheme Plan. Beijing Delays Licenses for Country's Tech Champions Amid Conflict of Interest Fears*. Online verfügbar: <https://www.google.at/amp/s/amp.ft.com/content/f772a9ce-60c4-11e7-91a7-502f7ee26895> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Horwitz, J. (2017): *China's Tencent is quietly testing a "social credit score" based on people's online behavior*. Online verfügbar: <https://qz.com/1049669/chinas-tencent-hkg-0700-is-quietly-testing-a-social-credit-score-based-on-peoples-online-behavior/> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Kania, E. (2017): *China's Artificial Intelligence Revolution. A New AI Development Plan Calls for China to Become the World Leader in the Field by 2030*. Online verfügbar: <https://thediplomat.com/2017/07/chinas-artificial-intelligence-revolution/> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Lange, O. (1967): *The Computer and the Market*. In: Feinstein, C. (Hrsg.): *Socialism and Economic Growth*. Cambridge, S. 158-61.

Medina, E. (2011): *Cybernetic Revolutionaries. Technology and Politics in Allendes's Chile*. London.

Meissner, M. (2017): *Chinas's Social Credit System. A Big-Data Enabled Approach to Market Regulation with Broad Implications for Doing Business in China*. Berlin.

Mirowski, P. (2002): *Machine Dreams. Economics Becomes a Cyborg Science*. Cambridge.

Müller, M. (2017): *Wie Alibaba Europa erobern will*. Online verfügbar: <https://www.google.at/amp/s/www.internetworld.de/e-commerce/alibaba/alibaba-europa-erobern-1224727.html%3famp=1> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Scharpf, F.W. (1987): *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*. Frankfurt/M.

Sirius, R.U./Cornell, J. (2015): *Transcendence. The Disinformation Encyclopaedia of Transhumanism and the Singularity*. San Francisco.

Srnicek, N. (2017): *Platform Capitalism*. Cambridge.

Sunstein, C.R./Reisch, L.A./Rauber, H. (2017): *A World-Wide Consensus on Nudging? Not Quite, But Almost. Regulation and Governance*, Forthcoming. 20.04.2017. Online verfügbar: <https://ssrn.com/abstract=2955693> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2955693> (Abrufdatum: 26.10.2017).

*The Economist* (2016): *China Invents the Digital Totalitarian State. The Worrying Implications of its Social-Credit Project*, 17.12.2016. Online verfügbar: <https://www.economist.com/news/briefing/21711902-worrying-implications-its-social-credit-project-china-invents-digital-totalitarian> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Valdes, R./Furlonger, D./Prentice, S. (2015): *Maverick Research: The Programmable Economy is the Ultimate Destination for Digital Business*. Gartner Group Research.

Vincent, J. (2017): *Putin Says the Nation that Leads in AI 'Will be the Ruler of the World': The Russian President Warned that Artificial Intelligence Offers 'Colossal Opportunities' as Well as Dangers*. Online verfügbar: <https://www.theverge.com/2017/9/4/16251226/russia-ai-putin-rule-the-world> (Abrufdatum: 26.10.2017).

Warislohner, F. (2015): *Dystopia wird Wirklichkeit: Was ist dran an Chinas „Social Credit System“?* Online verfügbar: <https://netzpolitik.org/2015/dystopia-wird-wirklichkeit-was-ist-dran-an-chinas-social-credit-system> (Abrufdatum: 26.10.2017).

## Herausgeber

Bundesministerium der Verteidigung  
Presse- und Informationsstab  
Stauffenbergstraße 18  
10785 Berlin

## Stand

Januar 2018

## Gestaltung

Redaktion der Bundeswehr/  
Daniela Hebbel und Catharina Deflou

## Weitere Informationen im Internet unter

[www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)

Die in dieser Publikation enthaltenen Fachbeiträge geben ausschließlich die Meinungen der Autoren wieder.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.



**Bundeswehr**  
Wir. Dienen. Deutschland.